Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachrisse. 12 bis 14 und Bölbergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981. Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1603).

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und kosten bei freier Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen (sowie bei Postbezug ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 7,40, mit der Wochenbeilage „Die Welt im Bild" Mk. 8,—. — Anzeigenpreis: bis 31 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfg., Kehrtarifanzeigen Mk. 1,50, die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 3,—. Bei Wiederholungen Rabatt mit festen Bedingungen. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 1845.

Nummer 31 — Halle, Freitag den 6. Februar 1920 — 32. Jahrgang

Fest bleiben!

Von unserer Berliner Redaktion.)

B. Berlin, 6. Februar. Die Regierung hat sich auch gestern eingehend mit der Auslieferungsfrage beschäftigt. Die Stellung des Kabinetts hat dabei keine Aenderung erfahren. Der Reichskanzler wird, wie bereits mitgeteilt, am Sonnabend die Fraktionsführer empfangen, dann sollen die Fraktionen der Nationalversammlung noch zu dem Auslieferungsbegehren Stellung nehmen. Ob dann die Nationalversammlung einberufen werden wird, ist noch nicht entschieden. Man ist der Meinung, daß eine solche Einberufung sich zurzeit erübrige, da am kommenden Montag der Auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung zusammentreten soll.

Was die Entente tun wird.

Die Antwort auf diese Frage gibt vorläufig eine Havas-Note, nach der Millerand in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt hat, die Regierung sei entschlossen, die Durchführung des Friedensvertrages mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern. Das klingt sehr kriegerisch, ist aber doch vielleicht nicht mehr als eine Anwendung des Mittels, den Gegner durch eine grimmige Maske in Schrecken zu versetzen. Zu diesem Gedanken leitet eine Pariser Meldung des Mailänder „Corriere della Sera", die offenbar bestimmt ist, Oel auf die erregten Wogen der Stimmung in Deutschland zu träufeln.

Paris — so heißt da — habe gar nicht ausdrücklich die Auslieferung an die Alliierten verlangt (?). In ihren jüngsten Beratungen scheinen die alliierten Völkerrechtslehrer, mit Ausnahme der Franzosen, zu der Ansicht gekommen zu sein, es der deutschen Regierung zu überlassen, auf Grund der eingereichten Liste der Alliierten selbst gegen ihre Staatsangehörigen vorzugehen, welche das Völkerrecht verletzt hätten. Ein entschiedenes Vorgehen der deutschen Regierung gegen die Angeschuldigten hätte vielleicht die Alliierten befriedigt. Der Vorschlag, diese Auslegung des Wortlautes in die Note aufzunehmen, wurde auf das Drängen Frankreichs aufgegeben. Besonders die Amerikaner und Japaner sträubten sich durchaus nicht um die Verfolgung der Deutschen, sie mißbilligten diese sogar. Die Italiener schlossen sich nur aus reinen Solidaritätsgründen der Note an. Auch die Engländer scheinen nicht mehr so entschlossen wie vor einigen Monaten auf der Auslieferung zu bestehen. Die Note mußte allerdings schon aus Achtung vor dem Friedensvertrage (?) übergeben werden, war aber nicht so tragisch aufzufassen, wie es von Deutschland geschehen ist. Wenn auch das Begleitschreiben nicht ausdrücklich auf die Auslieferung verzichtet, so verlangt es sie doch auch nicht, und eine Bestimmung läßt sogar die Möglichkeit verständlicher Einwände hervorireten. Sie stellt fest, daß die Anwendung des Artikels 228 des Versailler Vertrages Gegenstand weiterer Mitteilungen bilde. Es würde dadurch in diplomatischen Kreisen in Paris erwartet, daß die Deutsche Regierung weniger überstürzt handele als Freiherr von Lersner.

Es wäre natürlich verfehlt, besondere Hoffnungen auf die abmildernde Darstellung zu sehen, sie verdient aber Beachtung, weil das Mailänder Blatt ein Hauptsprachrohr der Entente ist.

Nach dem „Temps" hat die Botschafterkonferenz beschlossen, den Text des ursprünglich festgelegten Begleitbriefes abzuändern. Der vorgeschlagene Text sei den alliierten Regierungen mitgeteilt worden und werde auf telegraphischem Wege nach Berlin übermittelt.

Die Liste.

Die offizielle Liste der rund 900 Namen kann, da der Spezialkurier, der sie überbringt, Mittwoch abend Paris verlassen hat, nicht vor Donnerstag abend in Berlin eingetroffen sein. Nur näherer Prüfung bedarf, was bereits früher schon bekannt ist, ergibt sich, daß Frankreich und England die Auslieferung sämtlicher Heerführer gefordert haben, die 1914 im Westen kommandierten, mit Ausnahme des Generals von Heeringen. Warum der Großherzog von Hessen auf die Liste gesetzt worden ist, ist ein besonderes Geheimnis; er hat den Kriegsschauplatz nur einige Male als Gast besucht. Was die einzige weibliche Angeklagte Frau Elsa Schreiner begangen haben soll, ist auch noch nicht festzustellen, ebenso läßt sich nicht sagen, ob der von Frankreich geforderte „Schoen" der ehemalige Botschafter in Paris und ob „Zimmermann" der ehemalige Staatssekretär ist. Den Grafen Bernstorff haben die Franzosen wahrscheinlich auf die Liste gebracht, weil der den inzwischen erschossenen Yolo Pascha als Agenten benutzt haben soll.

Im allgemeinen scheint die Auslieferungsliste so gefaßt zu sein, daß die Entente selber bei ihrer restlosen Erfüllung durch Deutschland immer noch Handhaben hätte, uns „ungenügende" Erfüllungen nachzuweisen. So steht z. B. auf der Liste der Name Enver Paschas. Dabei haben die Ententeblätter fast täglich gemeldet, daß Enver Pascha in Kurdistan neutürkische nationalistische Bewegungen organisiert. Wir vermögen dann wir Enver Pascha auszuliefern? Bis in die kurdischen Gefilde reicht weder der Arm der Reichswehr noch der Sicherheitswehr. Und Enver Pascha ist nur einer der vielen Namen, die auf der Liste stehen, ohne daß ihre Träger sich auf deutschem Boden befänden. Die Entente könnte also immer wieder neue Vorwände finden, um uns Nichterfüllung der Auslieferungsforderung nachzuweisen und auf Grund solcher „Nachweise" mit neuen Repressalien uns Kampfmaßnahmen zu fordern.

Protestkundgebung des Preußenhauses.

Berlin, 5. Februar.

Die auf 12 Uhr einberufene Sitzung der preußischen Landesversammlung wird erst um 2 Uhr 10 Minuten eröffnet. Von der Regierung ist Minister Heine anwesend.

Präsident Leinert: Meine Damen und Herren! Sie haben alle Kenntnis davon erhalten, daß gestern der deutschen Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Mächten auszuliefernden deutschen Staatsbürger zugestellt worden ist. Aus diesem Anlaß hat sich des Volkes eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verlangen der alliierten und assoziierten Mächte die Ehre des deutschen Volkes auf das tiefste verletzt; denn wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Ehre nicht verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist doch die Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die schmachvolle Zumutung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung immer als undurchführbar und unmöglich bezeichnet. Denn sicherlich das deutsche Volk und die preußische Landesversammlung an. Sie sind überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das unerhörte Verlangen der Entente erfüllen wird. (Lebhafter Beifall.) Im Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wie wissen also nicht, warum und unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreicht hat, hat eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und Entrüstung im Volke ausgelöst. (Lebhafte Zustimmung.) Die preußische Landesversammlung ist ergriffen von diesem einmütigen Empfinden unseres so schwer leidenden Volkes. Um Ihre Uebereinstimmung mit dem Volke festzustellen und der unsagbaren Trauer Ausdruck zu geben über das entsetzliche Ansinnen, das nur in der maßlosen Rachsucht eines übermütigen Gegners seine Erklärung findet (Bewegung), haben die Mitglieder der preußischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Partei sich beraterweise, Ihnen vorzuschlagen, die heutige Sitzung aufzuheben. (Lebhafter Beifall des ganzen Hauses, das die Ansprache mit Ausnahme der Unabhängigen stehend angehört hat.)

Unter stürmischen Zurufen nimmt nun das Wort Abg. Adolf Hoffmann: Namens meines Fraktion habe ich eine Erklärung abzugeben. (Rufe bei der Mehrheit: „Raus!" Großer Lärm. Rufe b. d. U. S.: Gehen Sie doch raus! Viele Abgeordnete der Rechten verlassen den Saal.) Das Verlangen der Entente, ihr die von ihr beschuldigten Personen zur Aburteilung auszuliefern, stützt sich zwar auf die Forderungen des Friedensvertrages, den wir unter Zwang zustimmen müssen, sieht aber im Widerspruch mit den Forderungen der Gerechtigkeit, auf die jeder Beschuldigte einen unentziehbaren Anspruch hat. Der siegestrunkene Militarismus in den Staaten der Entente mißbraucht die berechtigte Empörung der Völker gegen die Urheber ihrer Leiden, um die Völker unter dem lügnerischen Vorwande gerechten Gerichtes gegen die Feinde von den Schultern zu im eigenen Lande abzuladen. (Sehr wahr! b. d. U. S.) Die Verbrechen, die bei der Angettelung des Krieges und in seinem Verlauf überall und auf allen Seiten begangen worden sind, müssen gesühnt werden. Wie die Regierung des kaiserlichen Deutschlands nichts zur Sühne der Kriegsverbrechen getan hat, so fällt auch der jetzigen deutschen Regierung der schwere Vorwurf zur Last, daß sie erst im Jahre 1919 die gesetzlichen Grundlagen für die Aburteilung der Kriegsverbrechen in Deutschland geschaffen, den nationalistischen und militärischen Gegentendenzen nicht nur nicht entgegenwirkt, sondern dauernd Vorschub geleistet. (Sehr richtig! b. d. U. S.), die politischen und sittlichen Kräfte des Landes, die für die Durchsetzung der Gerechtigkeit unter den Nationen und für die Versöhnung der Völker wirken, mit den scheingesetzlichen Mitteln des Belagerungszustandes (Großer Lärm b. d. Mehrheit, Zustimmung b. d. U. S.) und mit brutaler Gewalt unterdrückt hat und weiter unterdrückt. Die jetzige Krise ist also verursacht durch die Versäumnisse der Regierung und ihre Nachsichtigkeit gegen die militaristisch-nationalistische Strömung. Dadurch ist die rechtzeitige Aburteilung der Kriegsverbrecher vor deutschen Gerichten verhindert worden. Die Fraktion lehnt jede Verantwortung für diese Krise und ihre Folgen ab. Sie verwirft jede Politik, die das Schicksal des ganzen Volkes wiederum aufs Spiel setzt, um das Schicksal einzelner Personen zu retten. (Pfuirufe. Großer Lärm b. d. Mehrheit.)

Präsident Leinert: Nachdem Einspruch erhoben worden ist, muß ich zur Abstimmung schreiten und bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die für Aufhebung der Sitzung stimmen wollen, sich zu erheben. — Die Aufhebung der Sitzung wird mit den Stimmen aller Parteien mit Ausnahme der U. S. angenommen.

Freitag 12 Uhr Anfragen, Anträge und die für heute geplante Tagesordnung.

Protest von Soldaten.

Die Ortsgruppe des „Stahlhelms", Bund der Frontsoldaten, die über 700 Mitglieder zählt, hat gestern an die Reichsregierung folgendes Telegramm abgesandt:

„Die Ortsgruppe Halle des „Stahlhelms", Bund der Frontsoldaten, zusammengesetzt aus allen Ständen und Parteien legt aufs schärfste Verwahrung gegen die Auslieferung seiner Kameraden ein. Sie erwartet bestimmt, daß die Regierung diesmal fest bleibt."

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Ortsgruppe des „Stahlhelms" mit allen Parteien Fühlung genommen, eine große Protestkundgebung zu veranstalten, die im Apollo-Theater stattfinden soll.

Im deutschen Londern.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Flensburg, Anfang Februar.

Wer kannte es früher, das freundliche Städtchen in der friesischen Marsch? Der Strom der Fremden zog beiderseits daran vorüber, entweder nach den Inseln, die dem Festlande dort, an der Westküste der cimbrischen Halbinsel vorgelagert sind, nach Sylt, Föhr, Amrum, oder weit östlich davon nach Flensburg mit seiner wundervollen Förde, nach Sonderburg und Alsen, vielleicht auch noch nach Aperade. Von Londern aber wußte die Welt südlich von Schleswig kaum den Namen. In stiller Beschaulichkeit lag die Stadt da, im Sommer inmitten grüner Wiesen, über die gewichtig das Marschrind schreitet, im Herbst und Winter dagegen von Seen rings umflutet. Denn dann treten die Gewässer, die in der Nähe Londerns zusammenstießen, regelmäßig über ihre Ufer, und von weitem sieht es aus, als läge die Stadt auf einer hochgelegenen Insel.

Als wir uns in unserem Auto, von Flensburg kommend, nach anderthalbstündiger Fahrt auf der von Regenbogen aufgeweichten Straße der Stadt näherten, glaubten wir anfänglich, überhaupt nicht hineingelangen zu können. Denn soweit das Auge sehen konnte, war alles Wasser; die Häuser der Stadt kamen der Kirche schienen mitten in der Flut zu stehen. In Wirklichkeit liegt die Stadt jedoch höher als das Flutgebiet, ebenso die in sie hineinführenden Straßen; wir gelangten daher ohne Schwierigkeit hinein und waren reinlich verwundert, die Stadt so trocken vorzufinden. Mit Ausnahme der ebenso zahlreichen wie gemütlichen Gastwirtschaften allerdings, in denen es nach alter friesischer Sitte nichts weniger als trocken zugeht und wo auch heute noch steife Grogs und von den Kennern hochgeschätzte Punsche fließen.

Heute ist Londern in aller Munde, wenigstens in der Nordmark, wo der Deutsche heiß um das Recht der Selbstbestimmung ringt. Aber auch im westeren Deutschland beginnt man bei dem Namen aufzuhorchen, denn der Stadt und dem Londernschen Lande droht durch den Frieden schmählliche Gewalt. Dadurch, daß für die ganze erste Zone einschließlich der friesischen Marsch die Gesamtabstimmung vorgesehen ist, werden die Deutschen dort der dänischen Mehrheit ausgeliefert. Bei gemeindeweiser Abstimmung, wie in der südlichen Zone, würde der ganze Landstrich bis hinauf nach Hoyer zweifellos bei Deutschland bleiben. So aber haben die Deutschen dort leider nur zu sehr zu befürchten, daß sie Dänemark ausgeliefert werden. Denn die Hoffnung, daß die Alliierten sich nachträglich zu einer Aenderung der im Friedensvertrage gezogenen Grenze verstehen werden, ruht doch nur auf schwachen Füßen. In anderen Falle aber wird — darüber ließen die führenden Männer der Stadt, mit denen wir über diese Frage sprachen, keinen Zweifel — dort eine deutsche Irredenta entstehen. Die Deutschen werden sich da sie so unzweifelhaft in der Mehrheit sind, die Losreißung vom Reiche nie gefallen lassen. Nie werden sie es ertragen, daß ihnen ihr Volkstum, ihre Sprache, Schule usw. genommen wird, immer werden ihre Augen auf die deutschen Brüder im Süden gerichtet bleiben. Statt eine Völkerfeile zwischen Mitteleuropa und dem skandinavischen Norden zu werden, würde Jütland also ein neuer Herd des Nationalitätenkampfes sein. Dänemark selbst würde unter diesen Verhältnissen am schwersten leiden, denn das kleine Land wäre nicht imstande, eine so starke Minderheit, die von der ihr wider Willen aufgezwungenen fremden Nationalität mit allen Mitteln losstrebt, dauernd an sich zu fesseln.

Aber leider hat in Kopenhagen vor der Hand wenigstens die chauvinistische Strömung noch die Oberhand. Der Appell, den der um das Abstimmungsgebiet hochverdiente Staatskommissar Dr. Köster, selbst seit vielen Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei, schon vor Monaten in einem offenen Briefe an die dänischen Sozialisten gerichtet hat und worin er vor der Ueberspannung des Nationalitätsprinzips und der Vergewaltigung der Deutschtumsvorwarte, hat zwar bei der Partei verständnisvolle Aufnahme gefunden, aber die Regierung in Kopenhagen steht, obwohl selbst sozialistisch, doch zu sehr unter dem Einfluß der Nationalisten, um die dänischen Ansprüche zurückzuschrauben. Dazu kommt der Druck, der zweifellos von der Entente ausgeübt wird. Daß die Alliierten den dänischen Anspruch auf Nordschleswig nur bazu benutzt haben, um auch Dänemark in ihren Kreis einzubeziehen, um dem kleinen friedlichen Lande im Norden eine ähnliche Rolle zuzuweisen wie dem Polen im Osten, und daß Dänemark selbst damit ein sehr zweifelhaftes Geschenk erhält, ist einsichtigen Dänen längst klar geworden. Aber wie überall in dieser Zeit ist die Vernunft auch dort leider zum Schweigen verdammt, und man läßt den Dingen wenigstens vorläufig ihren Lauf.

Wie verschlt die von den Alliierten zwischen der ersten und zweiten Abstimmungszone gezogene Linie ist, das wurde uns so recht klar bei einem Besuch, den wir dem Deichgrafen abstatteten, d. h. dem Manne, dem die Aufsicht über die Deiche anvertraut ist, durch die das Land vor dem Eindringen der Meeresfluten geschützt wird. Londern war vor Jahrhunderten durch die ehemals schiffbare Nordau, an der die Stadt liegt, unmittelbar mit der Nordsee verbunden, und zu jener Zeit ein stattlicher Seehandelsplatz. Heute ist es ein stilles Binnenstädtchen, das Land ist dort an der nordfriesischen Küste seit langem wieder im Wachsen, dem Meer wird zusehends Boden abgewonnen. Infolgedessen ist die Nordau verschlickt, und Londern erhält vom Meer über eine weite Strecke hinaus und die Flut, wodurch die Gewässer in seiner Umgebung zeitweilig so hoch anschwellen. Das Städtchen ist aber der Sitz des Deichgrafen geblieben, und von hier aus wird die äußerst wichtige Arbeit zum Schutz der Marschen gegen die Flut geleistet. Der Deichgraf wies an Hand der Karten nach, daß die Ferschmelzung des Londernschen Landes auch aus physischen Gründen unmöglich ist, weil die Deichverbände dadurch zerrissen und die ganze Arbeit des letzten Jahrhunderts gefährdet werden würde, falls die nördlichen Deiche in dänische Verwaltung kämen. Aber die Alliierten werden sich vermutlich gegen diese sachlich so gut begründeten Einwendungen ebenso taub stellen wie gegen die Berufung der Deutschen Nordfrieslands auf das Selbstbestimmungsrecht, und die Bewohner des Londernlandes werden darauf gefaßt sein müssen, daß Dänemark sie annektiert.

Gutwillig beugt der Friese jedoch keinesfalls den Nacken. Alle diese Männer, die Handwerker und Kaufleute des Städtchens, wie die Bauern draußen auf ihren Werften, sind deutsch und wollen es bleiben — darüber ließ unser Besuch nicht den Kleinsten Zweifel.

Das bestätigte auch die kurze Wanderung, die wir durch das Städtchen machten, ehe das Auto uns weitertrug. Ueberall deutsche Namen und deutsche Firmenschilder, und wo wir hindörten, deutsche Laute in den Straßen. Um die anheimelnden Giebelhäuser mit den freundlichen, bald runden, bald rechteckigen Glasvorbauten und den oft reichgegliederten Portalen im Stile des Rokoko oder Barock weht Stornische Luft. Oft ist es mir, als müßte in der Tür dieses oder jenes Hauses eine der vertrauten Gestalten aus den Novellen des Dichters erscheinen, als hätte ich den stattlichen, klugen Deichgrafen, und die anderen Männer schon irgendwo gesehen. Die alten schönen Silbergeräte der trinkfesten Deichgenossenschaft kommen mir bekannt vor, und der Punsch in der altertümlichen, gemütlichen Wirtschaft duftet so vertraut.

Aber bald heißt es scheiden. Weiter nach Norden, nach Lügumkloster geht die Fahrt. Noch ein fester Händedruck, ein Abschiedsgruß den deutschen Männern. Bleibt fest und stark, wie es auch kommt, Deutschland wird seine Brüder nicht vergessen. Konrad Pohl.

Aus dem Reichsrat.

B. Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsrat gab heute, nachdem er einer Protesterklärung gegen das Auslieferungsbegehren zugestimmt hatte, einer Verordnung über Abänderung der Bekanntmachung betreffend die Erhaltung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln seine Zustimmung. Es handelt sich darum, daß in Gegenden, wo die Brennstoffnot besonders groß ist, die Behörden ermächtigt werden sollen, die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften usw. noch vor 10 Uhr festzusetzen.

Der Reichsrat erklärte sich dann damit einverstanden, daß weitere 20 Millionen Mark Zehnpfennigstücke aus Zink ausgeprägt werden. Im Ausschuß war darauf hingewiesen worden, daß alle bisher beschlossenen Prägungen dem Mangel an Kleingeld nicht gesteuert hätten. Die Münzen kämen aus dem Verkehr, weil der Metallwert höher als der Münzwert sei und sie deswegen einen Hamsterwert würden. Ehe es so weiter in unserer wirtschaftlichen Not, so würden selbst die Zinkmünzen dieses Schicksal teilen, und man werde vielleicht dahin kommen müssen, die kleinen Münzen aus einem Stoff herzustellen, der absolut wertlos sei. Der Vertreter des Finanzministers im Ausschuß versprach, daß über diese Angelegenheit Erwägungen angestellt werden sollen.

Ostpreußen — die letzte deutsche Kolonie.

Auf dem sozialdemokratischen Provinzialparteitag in Königsberg hielt Oberpräsident Winnig eine Ansprache, aus der wir nach einer Königsberger Meldung der „Deutschen Allgem. Ztg." folgendes entnehmen:

In wenigen Tagen wird Ostpreußen die letzte deutsche Kolonie sein. Die Trennung beginnt ihre unangenehmen Wirkungen bereits jetzt zu äußern. Wir werden zwar die Verbindung mit dem Mutterlande sicher stellen, aber Schwierigkeiten sind unausbleiblich, selbst wenn wir mit den Polen zu einem Ausgleich kommen. Zu dem Seeverkehr soll noch ein Schnellverkehr durch Torpedoboote für Paket- und Briefbeförderung eingerichtet werden, ferner soll ein Seekabel gelegt werden, ebenso soll ein Luftdienst für Brief-, Telegramm- und Personenverkehr in beschränktem Umfange eingerichtet werden. Den Seeverkehr haben wir schon, das Seekabel wird bis 1. April gelegt sein. In die größte Gefahr gelangen wir durch die Unterbindung der Kohlentransporte. Die letzten Transporte sind nicht mehr angekommen, die Polen haben sich der Kohlenzüge bemächtigt, und wir wissen nicht, welche Mittel wir anwenden sollen, um diese Eigenmächtigkeit zu verhindern. Die Eisenbahnverwaltungen sind angewiesen, aus ihren Beständen Kohlen an die Kommunalverbände abzugeben. Dadurch ist aber die Gefahr nahegerückt, daß wir in Ostpreußen wegen Kohlenmangels den gesamten Eisenbahnverkehr einstellen müssen.

TU. Warschau, 6. Febr. Die Besetzung der Polen zugesprochenen Gebiete Deutschlands ist vollzogen. Die Besatzungstruppen stehen an der neuen polnisch-deutschen Grenze. Der Freistaat Danzig hat bereits eine unmittelbare Grenze mit Polen. In Danzig wird in den nächsten Tagen eine polnisch-deutsche Grenzkommission, welche die endgültige Festsetzung der dänisch-deutschen Grenze vornehmen soll, eintreffen. Sitz der Kommission wird dann ständig Posen.

Lärm in der französischen Kammer.

Paris, 5. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer erwähnte bei der Beratung der Unterpellationen über die ausländische Politik der Abgeordnete Cormudet von der demokratischen Partei den Zwischenfall Lersner und erklärte, der diplomatische Vertreter Deutschlands in Paris habe sich geweigert, eine Klausel des Vertrages auszuführen, den er selbst unterzeichnet habe. Man wisse auch, daß Deutschland Schwierigkeiten mache, um nicht die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200206018/fragment/page=0001

Goldmark zu bezahlen, die es bezahlen müßte. Nachdem der Abgeordnete Soulier für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Frankreichs mit dem Vatikan eingetreten war, zog sich dagegen verwahrt hatte, daß der deutsche Kaiser mit Napoleon verglichen werde, kam es im weiteren Verlaufe, als Marcel Cachin sich gegen Kolischak und seine Offiziere wandte, sowie gegen die französische und englische Regierung, die Millionen ausgegeben hätten, um den Bolschewismus gegen die Sowjetregierung zu organisieren, zu Lärmszenen, so daß der Präsident einschreiten mußte. Schließlich wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Im weiteren Verlauf wurde zu dem Dombrowski-Artikel Dr. Oberlen, seinerzeit Vreschef bei der Waffenstillstandskommission, als Zeuge vernommen. Er hat das fragliche Schriftstück von Geheimrat Hämmer erhalten und an Dombrowski weitergegeben, weil er hinter „Colonialfaxe" eine besonders vertrauenswürdige Persönlichkeit aus dem Kolonialamt vermutete. An den Zeugen werden vom Vorsitzenden Oberstaatsanwalt Lenhard eine Reihe von Fragen gerichtet, die zum Teil darauf hinausgehen, weshalb der Zeuge seinem Chef Erzberger, bevor er die Moritz weitergab, Vortrag darüber gehalten habe. Das Kreuzverhör beendet der Vorsitzende mit den Worten: „Wenn wir den Zeugen auch noch so schinden, wir bekommen nicht mehr heraus."

Zeuge Geheimrat Hämmer bekundet u. a., daß ihm persönlich der Artikel zugesandt worden sei. Der Finanzminister habe Kenntnis davon erhalten, daß dieses Schriftstück eingegangen war, er habe es ihm aber zurückgegeben ohne jeden Vermerk. Vorsitzender: Hieß das, daß Sie nach Gutdünken damit verfahren könnten? Zeuge: Wenn kein Vermerk vorhanden war, so hieß es: der Minister interessiert sich nicht dafür; er will die Sache nicht mehr sehen. Zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Dr. Helfferich und dem Zeugen kommt es, als Helfferich das Wort „Brechpirateninum" fallen läßt. Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Ich habe nach den etwas gewundenen Erklärungen der beiden letzten Zeugen den Eindruck, als wenn hier der reinste Kettenhandel mit anonymen Schriftstücken getrieben worden ist."

Die Verhandlungen wurden hierauf auf Freitag nachmittag vertagt.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 5. Februar.

Flensburg, 5. Februar. Die vor einigen Tagen ergangene Bekanntmachung der Internationalen Kommission, daß die Kommunalen und sonstigen Beamten sich jeder öffentlichen Agitation zu enthalten haben, ist durch eine weitere Bekanntmachung der Kommission ergänzt worden. Darnach ist den in Frage stehenden Beamten in Zukunft auch jegliche Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen jeder Art sowie Versammlungen politischer Natur verboten. —

Solingen, 5. Februar. Der Verband Solinger Fabrikantenvereine kündigte heute sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 19. Februar mit der Begründung, daß sie ein vertragsbrüchiges Verhalten an den Tag gelegt hätten.

Zur Justizreform.

I.

Die im Bunde deutscher Justizsekretäre vereinigten mittleren Justizbeamten haben ihre Vorschläge zur Justizreform dem Reichsjustizministerium in einer Denkschrift unterbreitet. Diese Vorschläge sind für die Volksgesamtheit so wichtig, daß sie der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden verdienen. Sie seien in ihren Grundzügen an der Hand der Denkschrift kurz dargelegt.

Die deutsche Rechtspflege ist ohne Frage weder volkstümlich noch volksbeliebt. Die Gesetzgebung des Staates ist der neuen Zeit schon längst nicht mehr angepaßt. Das Volk leidet unter der Dauer und der Kostspieligkeit der Rechtsstreitigkeiten. Die Justizverwaltung arbeitet viel zu teuer. Eingreifende Aenderungen sind dringend erforderlich.

Der weise Grundsatz kaufmännischer Unternehmungen, Arbeiten, die von minder bezahlten Kräften ausgeführt werden können, nicht von höher bezahlten leisten zu lassen, wird in der Justizverwaltung durchbrochen auf Kosten der Volksgesamtheit. Auf vielen Gebieten können richterliche Geschäfte nicht nur von den billiger arbeitenden mittleren Justizbeamten selbständig erledigt werden, sondern der Richter kann vielfach durch den Gerichtsschreiber (für diese zutreffendere, mißverständliche Amtsbezeichnung schlägt, wie am Schluß näher ausgeführt wird, die Denkschrift vor: „Justizsekretär") ersetzt und vielfach ersetzt werden. Die Kräfte des mittleren Beamten wiederum sind zu stark in Anspruch genommen durch die mechanischen Registraturgeschäfte, die billigeren Arbeitskräften zugewiesen werden müßten.

Die jetzige Art der Durchführung der Zivilprozeßsache ist viel zu umständlich und kostspielig. Dies tritt besonders hervor bei Prozessen um Kleinwerte, bei denen die Kosten oft das Vielfache des Streitgegenstandes ausmachen. Von den im Jahre 1913 vor den deutschen Amtsgerichten anhängig gewesenen 2½ Millionen Zivilprozessen wurden etwa 1½ Millionen durch Versäumnis, Anerkenntnis usw., also auf unstreitige Weise, erledigt. Der Richter muß seinem eigentlichen Berufe als Streitrichter ausschließlich zugeführt werden. Durch ein den Prozessen vorbereitendes zwangsweises Güteverfahren vor dem Justizammanne (dem bisherigen Gerichtsschreiber), in dem alle nicht streitigen Sachen erledigt werden könnten, würde eine erhebliche Verbilligung herbeigeführt.

In München hat die Zahl der Zwangsvollstreckungen im Jahre 1913 etwa 70 000 betragen, bei einer Einwohnerzahl von 670 000. Die meisten dieser Pfändungen waren erfolglos. Welche Riesensumme von Geld, Zeit und Kraft ist hier vergeudet worden! Die Gewährung von kurzen Zahlungsfristen seitens des Justizammannes würde dem praktischen Bedürfnis in ganz anderem Maße als bisher Rechnung tragen und dem Gläubiger oft so noch zu seinem Gelde verhelfen, wo er bisher leer ausgehen mußte. Das Güteverfahren, das in der erwähnten Denkschrift ausführlich dargestellt wird, erscheint durchaus praktisch. Nähere Ausführungen darüber würden hier zu weit führen. Nur sei erwähnt, daß durch dieses Güteverfahren vor dem Justizammann als im Wege der Selbsthilfe bisher unerfindenen Einrichtungen, die doch nur Notbehelfe sind, wie Schlichtungsstellen, Schiedsgerichte usw. —, unnötig würden.

Auch das Mahnverfahren und die Zwangsvollstreckung, einschließlich der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, können sehr gut vollständig in die Hand des billiger arbeitenden mittleren Beamten gelegt werden. Die Praxis lehrt, daß der Gerichtsschreiber durch Vorbereitung fast aller Verfügungen, Beschlüsse usw. seit langer Zeit schon auf diesem Gebiete der eigentliche Bearbeiter ist (bis zur Unterschrift durch den Richter) und über eine gründliche Schulung verfügt. Deutschland kann sich heute nicht mehr den Luxus gestatten, zwei Beamte, von denen einer nur die Unterschrift leistet, in Tätigkeit treten zu lassen, wo einer genügt.

Desgleichen ist das Strafprozeßverfahren recht reformbedürftig. Heute ist der Richter nicht allein der entscheidende Teil in der Hauptverhandlung, sondern er leistet dem Staatsanwalt Hilfe bei der Vorbereitung der Anklage, und der bisher Tätigkeit dient ihm wiederum der Gerichtsschreiber als Schreibkraft. Welch eine Vergeudung von Arbeitskräften und welch eine Umständlichkeit des Verfahrens! Dem Gerichtsschreiber müssen daher grundsätzlich die Vernehmungen im vorbereitenden Verfahren übertragen werden. Uebrigens will bereits der Reichsjustizminister Schiffer in seinem Entwurf zur Strafprozeßreform die Staatsanwaltschaftssekretäre mit selbständigen Vernehmungen beauftragt wissen.

Auch in bezug auf die Strafvollstreckung soll nach der Denkschrift der Grundsatz, den Richter von allen minder wichtigen Arbeiten zu befreien, befolgt werden. Abgesehen von der Entscheidung über eine Verhaftung zur Strafverbüßung, über Strafaufschub, Strafunterbrechung oder Begnadigung, kann die ganze Strafvollstreckung in die Hände des Justizammannes gelegt werden.

Die planmäßigen Amtsanwaltsstellen will die Denkschrift nur den Anwärtern aus dem Gerichtsschreiberstande vorbehalten auf Grund der bisherigen vorzüglichen, von allen maßgebenden Stellen anerkannten Leistungen der planmäßigen Amtsanwälte, die die mittleren Justizbeamten gestellt haben.

II.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit (Vormundschafts-, Nachlaß-, Grundbuch-, Registersachen usw.) kann vollständig auf den mittleren Beamten übertragen werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine richterliche, sondern eine verwaltende und beurkundende Tätigkeit, zu der der Gerichtsschreiber — Justizammann — bei seiner guten Vor- und Ausbildung die Befähigung besitzt. Es ist auch bisher schon meistens der eigentliche Bearbeiter auf diesen Gebieten. Die Unwahrheit, daß der Richter die vom Gerichtsschreiber vorbereitete Arbeit lediglich durch seine Namensunterschrift zu der seinigen macht, muß beseitigt werden.

Darüber, daß das Kosten-, Kassen- und Rechnungswesen ausschließlich zu der Zuständigkeit des Justizammannes gehören muß, herrscht wohl überall Einmütigkeit: „judex non calculat", der Richter rechnet nicht gern, er hat eine Abneigung gegen jedes Rechnungs- und Kassenwesen.

Ein besonderes Uebel bildet für den seitherigen Gerichtsschreiber die Protokollführung bei Vernehmungen außerhalb der Sitzungen und auch schon bei der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen in der Sitzung in Zivilsachen. Zweifellos gegen den Willen des Gesetzgebers ist es üblich geworden, daß der Richter hierbei dem Gerichtsschreiber vorsagt, was er schreiben soll. Seine eigentliche Bedeutung als Urkundsperson hat der Gerichtsschreiber hier vollständig verloren. Deshalb geht die Forderung dahin, daß Vernehmungen, zu den angeführten Vernehmungen lediglich billigere Schreibkräfte zu verwenden, im übrigen aber Justizammänner als Urkundspersonen zur Protokollführung nur zuzuziehen, wenn ihnen die Darstellung des Ergebnisses der Verhandlungen selbständig überlassen wird.

Zum Schluß kommt die Denkschrift auf die Amtsbezirksbezeichnung zu sprechen. Die bisherige Bezeichnung „Gerichtsschreiber" hat, so lange sie besteht, bei den mittleren Justizbeamten — und nicht nur bei ihnen — Anstoß und Aergernis erregt. Im Hinblick auf die schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit der mittleren Justizbeamten (man denke nur an die Erteilung der Vollstreckungsbefehle, die Kostenfestsetzung, die Revisionsbegründung, die Anfertigung von Erbteilungsplänen usw.) ist die Bezeichnung „Gerichtsschreiber" eine tatsächlich unwahre Amtsbezeichnung. Sie besagt dem Uneingeweihten etwas ganz anderes, als der Gesetzgeber dem mittleren Beamten als wichtigem Organe der Rechtspflege zugedacht hat. Sie würdigt eins der wichtigsten Willensorgane der Behörde zur bloßen Schreibkraft herab. Infolgedessen erscheint vielen die Gerichtsschreiberei nur als „Schreibstube", als „Registratur", wo der „Gerichtsschreiber" als „Schreiber" „schreibt". Und wie ganz anders ist es in Wirklichkeit! Ein großer Teil der Justizanwärter besitzt jetzt schon das Abiturientenzeugnis (das übrigens von der Denkschrift neben mindestens vierjähriger Ausbildung und Einnahme von sachwissenschaftlichen Kursen grundsätzlich gefordert wird, unbeschadet der Möglichkeit des Aufstiegs befähigter Beamter nach dem jetzt überall zu befolgenden Grundsatze: „Freie Bahn dem Tüchtigen!"), und viele vertiefen auf Universitäten und Akademien ihr Wissen, um den großen Anforderungen ihres Berufes vollständig gerecht zu werden. Das Gebiet der Rechtspflege ist ja so unendlich weit. Der mittlere Beamte muß nicht nur das gesamte materielle und formelle Recht beherrschen, sondern auch über eingehende Kenntnis der Kosten-, Kassen-, Rechnungs- und Stempelgesetze verfügen. Nicht ohne Grund ist die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung von den Anwärtern gefürchtet. Der Bund deutscher Justizsekretäre schlägt deshalb statt der Bezeichnung „Gerichtsschreiber" die Amtsbezeichnung „Justizammann" vor, die die Tätigkeit des mittleren Justizbeamten in anderem Maße würdigt als der „Gerichtsschreiber". Die Gerichtsschreiberei, der bisherige Arbeitsort des Gerichtsschreibers, soll die Bezeichnung „Geschäftsstelle" erhalten, wo der „Justizammann" seines verantwortungsvollen Amtes waltet. Von ihr getrennt ist die Registratur.

Es ergibt sich demnach eine Dreiteilung der Arbeit bei der Justizverwaltung: Der Richter ist der entscheidende Teil, Streitrichter, der Justizammann für den Rechtssuchenden beurkundend und im Geschäftsgange feststellendes und ausführendes Organ, und somit Urkundsperson. Die Registraturgeschäfte liegen in den Händen von geringer besoldeten Registraturbeamten.

Durch die Vorschläge des Bundes deutscher Justizsekretäre würde eine sehr erhebliche Verbilligung und Beschleunigung der Rechtspflege herbeigeführt werden. Die Fähigkeiten der Beamten würden weit besser ausgenutzt als bisher, und die Beamten, mehr aber noch das Volksganze, würden sich gut dabei stehen.

Kleine Chronik.

Der Kaiserfilm-Prozeß.

Am 14. Februar findet vor der Strafkammer des Landgerichts in Berlin die Hauptverhandlung in dem Prozeßverfahren des früheren deutschen Kaisers gegen den Autor und Hauptdarsteller des sogenannten Kaiserfilms, „Kaiser Wilhelms Glück und Ende", Friedrich Bonn, statt. Der Kaiser klagt auf Verurteilung des widerrechtlich hergestellten, verbreiteten und vorgeführten Films, der am 28. Oktober des v. J. beschlagnahmt worden ist. In der Begründung wird angeführt, daß die Art der Darstellung von Vorgängen aus dem Privatleben unter Außerachtlassung aller Sympathien menschlicher Eigenart eine völlige Verzerrung und Entstellung der Persönlichkeit des Kaisers nach der Richtung enthüllt, daß er nicht nur als unsittlicher Herrscher, sondern auch als eitler, unstetter, unbedachter und gewissenloser Mensch dem Zuschauer vorgeführt wird.

Das Geheimnis der Schmierseifkanne.

Auf dem Erfurter Bahnhof hat sich kürzlich ein hübsches Schiebereistückchen abgespielt. Der Polizei fiel ein Mann mit einer großen, wohl 50 Liter fassenden Blechkanne auf, die Schmierseife verhalten sollte. Bei der Untersuchung wurde tatsächlich ein öliger Inhalt festgestellt. Ein paar Schrauben, die an der Kanne angebracht waren, veranlaßten den untersuchenden Beamten, das Wunderding von Kanne etwas näher zu betrachten und es ergab sich bald, daß der oben kegelförmige Teil der Kanne abnehmbar war. An dieser Haube war ein besonderer Boden angelötet, und während dieser Teil der Kanne wirklich mit Oel gefüllt war, enthielt der natürlich bedeutend größere untere Teil 40 Pfund Butter. Mit dieser interessanten Entdeckung kam man einer blühenden Butterschiebung auf die Spur. Nach Erfurt allein waren in dieser ingeniös konstruierten Kanne 8 Zentner Butter verschoben worden.

Das Verfahren gegen den Fähnrich Hirschfeld.

Wie der „Berl. L.-A." hört, steht die wegen des Anschlags auf den Reichsfinanzminister Erzberger gegen den Schüler und früheren Fähnrich v. Hirschfeld schwebende Untersuchung vielleicht in kurzem dem Abschluß. Die Verhandlungen werden schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur Erledigung kommen. Die Anklage wird auf Mordversuch lauten.

Vandalismus.

Ein Akt unerhörter Roheit wird aus Wilmersdorf gemeldet: In der vorletzten Nacht ist dort das Gänseliesel-Denkmal auf dem Nikolsburger Platz erheblich beschädigt worden. Unbekannte Täter haben von dem Kunstwerk die drei bronzenen Gänse abgeschlagen und gestohlen. Von den Roßlingen fehlt jede Spur. Das geschändete Kunstwerk ist eines der schönsten Denkmäler Wilmersdorfs.

Letzte Telegramme.

Das Begleitschreiben zur Auslieferungsliste.

ep. **Basel**, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie den „Kaiser Nachr." aus Paris gemeldet wird, ergibt sich durch den Schritt des Herrn von Dersche für den Botschafterrat die Notwendigkeit, das Begleitschreiben zur Auslieferungsliste, das eine Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar darstellte, in der ursprünglich vorgesehene Fassung zu ändern. In der ursprünglichen Fassung heißt es, daß die Modalitäten des Gerichtsverfahrens später festgelegt werden könnten. In dem am Mittwoch aufgestellten Text wird die Notwendigkeit für Deutschland betont, sich an den Buchstaben des Vertrages zu halten, der es unterzeichnet und ratifiziert habe. (Siehe Seite 1.)

Dresden, 5. Februar. Ministerpräsident Dr. Gradnauer äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber zur Auslieferungsfrage dahin: Die Auslieferung würde für Jahrhunderte das Märchen von der alleinigen Schuld Deutschlands in die Annalen der Geschichte graben. Das deutsche Volk muß sich in voller Einigkeit gegen die unerfüllbare Auslieferung erklären. Es muß wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmaßregeln ruhige Entschlossenheit und Bereitschaft zu jedem Opfer entgegensetzen.

Eine Internierung des Kaisers?

Haag, 5. Februar. Nach einer Korrespondenzmeldung erwiderte in der niederländischen ersten Kammer auf eine Anfrage des Sozialisten van Kol, ob nicht die Internierung des Kaisers erwünscht sei, der Ministerpräsident Buys de Beerenbroud, die Internierung könne sich über die Auslieferungsfrage jetzt nicht aussprechen. Ihre Antwort auf das Auslieferungsersuchen sei wohl erwogen und habe nicht anders lauten können und dürfen.

ep. **Paris**, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In der „Humanité" rät Marcel Cachin zur Annahme des von Kautsky gemachten Vorschlages, den Kaiser auf den Sundainseln zu internieren. Auch im „Echo de Paris" macht sich eine gemäßigtere Auffassung geltend. Das Blatt schreibt, die Auslieferung von Einzelpersonen gebe Frankreich keine Sicherheit, während sie in Deutschland die Revanchestimmung fördere.

Mindestpreise in der Landwirtschaft.

B. **Berlin**, 6. Februar. Die Mitteilungen über beschlossene Mindestpreise für Roggen usw. sind insofern unzutreffend, als es sich hierbei nur um Vorschläge, nicht um Beschlüsse handelt. Auch die Frage, ob eine Zwangswirtschaft der Kartoffeln im kommenden Erntejahr angebracht sei, ist noch nicht entschieden. Die Verhandlungen zwischen den Produzenten, Kommunalvertretern usw. im Reichswirtschaftsministerium werden noch fortgesetzt. Sicher aber steht fest, daß der Reichswirtschaftsminister grundsätzlich für das kommende Erntejahr an Stelle des Systems der Höchstpreise das System der Mindestpreise einführen will.

Polnische Hetznachrichten.

B. **Berlin**, 6. Februar. Nachrichten über Gewalttaten unseres Grenzschutzes werden von amtlicher Stelle als erfunden bezeichnet. Sie haben lediglich den Zweck polnischer Hetzpropaganda.

Wiedererscheinen verbotener Blätter.

B. **Berlin**, 6. Februar. Reichswehrminister Noske hat, wie wir erfahren, angeordnet, daß die Vorwärts, Freiheit und Lichtbilder Bühne wieder erscheinen dürfen. Es wird aber mahnend hinzugefügt, daß jedem Versuch, Ruhe und Ordnung zu stören, mit Rücksicht auf die gespannte Lage im Innern mit größtem Nachdruck entgegengetreten werden wird.

Die Räumung Oberschlesiens.

Breslau, 6. Februar. Nach einer Mitteilung des Generalkommandos ist die Räumungszone des Abstimmungsgebietes Oberschlesien (Kosel—Großstrelitz, Lublinitz—Rosenberg—Kreuzberg) heute ohne Zwischenfall geräumt worden.

Die aus Schleswig Ausgewiesenen.

Flensburg, 6. Februar. Nach einer neuen Verordnung dürfen die von der internationalen Kommission in Nordschleswig ausgewiesenen Beamten nicht zurückkehren. Es wird ihnen aber gestattet, einen Vertreter zu stellen.

Serbien unterzeichnet den Vertrag von Versailles.

ep. **Belgrad**, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Friedensvertrag von Versailles wurde am Mittwoch von Serbien ratifiziert. Prinzregent Alexander und Ministerpräsident Daniloviklsch unterzeichneten den französischen Text des Vertrages. Die diplomatischen Beziehungen Serbiens mit Deutschland werden demnächst wiederaufgenommen werden.

Zürcher Devisen.

ep. **Zürich**, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Engl. Pfund 19,80—19,90; Franken 40,50—41,25; Mark 6,10—6,14; Kronen Wien 1,50—2,—; Prag 5,00—5,00; Pire 30,50—31,—; Newyork 5,10—5,20; Holland 220—222; Madrid 103—104; Belgien 40,50—41,50.

Ein Spul?

Ein afrikanisches Kriegserlebnis.

„Ich hatt' einen Kameraden . . ." Freundschaft verband uns, wie man sie nur einmal im Leben schließt, und als ich den Staub Europas von meinen Schuhen schüttelte, da war X. eigentlich der Einzige, der auch heimkam in selbstloser Treue zu mir hielt. In selbstloser Treue, denn nun war ich immer der empfangende, er der gebende Teil, so rauh auch ihm in der Heimat das Leben mitspielte. Naturgemäß war unsere Verbindung nur lose; kam ich aber aus meiner Wuschwildnis einmal in die Kultur, dann fand ich mit Sicherheit irgend eine liebevolle Aufmerksamkeit von seiner Hand vor.

Es kam der Krieg. Wie einst mit ich wieder an der Spitze lebensfroher deutscher Reiterleute — ach, wie oft wünschte ich X. an meine Seite! Aber 65 Breitengrade trennten uns: beide setzten wir uns ein fürs Vaterland, er im kalten Rußland, ich unter afrikanischer Sonnenglut. Und oder dachte der seligen Zeiten, da wir in jenen Brausejahren vorm Kriege weiten, in und außer Dienst jedes Hindernis in schäumendem Jugendmute nahmen . . .

Das war ein Weihnachten nach meinem Geschmack, 1917! Auf Hunderte und aber Hunderte von Kilometern in die Runde war ich der einzige Weiße, saß unaufhindbar im Gebirge versteckt und ging der Elefantenjagd nach im Frohgefühle des Wiemutsvollen, daß die Gnadenländer jeden weißen Versuch, mich wieder einzulangen, aufgegeben hatten. Und nun als Festesfreude die — allerdings sieben Monate alten — portugiesischen und englischen Zeitungen, die durch eine Reihe von Zufällen in meinen Besitz gelangt — Hurra, mein liegreiches Vaterland, bald weht vom Kap zum Nil das schwarz-weiß-rote Banner!

Doch was war es nur, was mir am ersten Feiertage in die Knochen fuhr und meine frohe Stimmung trübte? Malaria oder sonstige Krankheit? Nein, körperlich war ich heil und gesund, aber auf meinem Gemüte lagerte ein mir bisher unbekannter schwerer Druck. Und je trübseliger ich am Lagerfeuer hockte, desto lebhafter, aber auch umso wehmütiger drängte sich die Erinnerung an X. mir auf und die bange Sorge, ob ihn der Krieg wohl dahingerafft habe. Von trüben Ahnungen zeugen die Notizen jener Tage — hatte ich in X. doch einen Bruder, nein, mehr als einen Bruder verloren.

Unerklärlich mißgestimmt schlief ich am Abiahrstage endlich ein. Im Traume galoppierte ich wie einst mit X. über die taurische Heide, im Traume sah ich ihn stürzen und entseelt liegen bleiben. Im Traume nahm ich noch einmal Abschied von ihm wie damals an dem regenrauhen Wintertage, da ich in Hamburg an Bord ging, da weckten mich die Hunde, die mit wütendem Gebell aus meiner Höhle hinausstürmten. Draußen ein schwerer Schritt: Das konnte nur ein Weißer sein! Ein Weißer? Instinktiv greife ich zur Büchse, die beiden Hunde stürmen mit allen Anzeichen größter Angst an mir vorüber; verkriechen sich in die dunkelsten Winkel der Höhle; am Eingange erstreckt ein matter Bärtischen, und in ihm erscheint X., bleich, in zerfetzt uniformartigem, blutigen Linnenzeuge, seine rechte Brust — und dann herrscht wieder Finsternis um mich her. Ich springe zum Ausgang. Niemand. Ich rufe. Keine Antwort. Und weil ich nicht an Spuk und Geister glaube, lege ich mich wieder aufs Ohr und schlafe ein.

Als ich die Augen öffne, ist es Tag, alle Kümmernis ist verscheucht, ich fühle mich wieder frisch und im Vollbesitz lebensfroher Kraft. Ich pfeife dem Koch: grinsend bringt er mir zwei Becher Kaffee, reicht mir den einen und fragt:

„Herr, wo ist der Weiße, der in der Nacht zu dir kam? Ich hörte seinen Schritt und sah ihn zu dir in die Höhle treten."

Sonderbarerweise habe ich mit meinen Jägerinlesern die nähere und weitere Umgebung nach verdächtigen Spuren abgesucht, aber nichts gefunden; habe das ganze Erlebnis ins Tagebuch eingetragen und es im Trubel froher Jagd bald wieder vergessen.

Unwillkürlich nach meiner Heimkehr nach Deutschland wollte ich X. aufsuchen. Ich fand nur einen Brief der Krankenschwester, die ihn gepflegt hatte. Am 25. Dezember 1917 ist er aus dem Sattel geschossen worden, schwere Verletzung der rechten Lunge. Auf dem Krankenbett hat er in lichten Augenblicken mehrfach meiner Erwähnung getan; unmittelbar vor seinem Ableben in der Nacht zum 1. Januar 1918 hat er als letztes Wort der Schwester Grüße an mich aufgetragen!

„Ich hatt' einen Kameraden . . ."

Kunst und Wissenschaft.

* **Stadttheater:** „Minna von Barnhelm." — Gute Stücke, so hört man öfter sagen, gleichen guten Weinen: sie altern nicht, sondern nehmen im Gegenteil mit den Jahren an Wirkungskraft zu. Der Vergleich ist allerdings nur teilweise richtig. Wer sich im Bremer Ratskeller an dem berühmten Apostelwein von 1727 zu letzen gedenkt, den entzückt zwar der wunderbare Duft dieses feinen Tropfens, aber der Geschmack ist schal, der Wein ist zu alt geworden und kann nur noch als Genuß für die Nase gelten. Den Gehalt guter Dichtungen dagegen lassen die Jahre völlig unberührt, ja sie scheinen ihn zu steigern, richtiger gesagt: sie gegen das Gold der echten Kunst in immer strahlenderem Lichte. Die noch fast unter dem Einfluß französischen Geistes stehende Zeit Lessings kennt noch nicht jene Lustspiel schmerzlich die Anerkennung gebracht, die unserer Tage dem jetzt anderthalb Jahrhunderte alten und trotzdem so lebfrischen Werke zollen. Es ist eine Fundgrube der dankbarsten Rollen, und man darf mit Freuden feststellen, daß das Behagen, mit dem gestern die Darsteller der Franziska (Irma Grawt), des Tellheim (Schurr), des Werner (Kensler), des Wirts (Liebemann), des Riccaut (Wedding) — Corriger la fortune ist, in anderem Sinne, heute ja das Schicksal Deutschlands! — ausgeschöpft wurden, vollen Widerklang im Hause fand.

Für die beiden schwierigsten Rollen, den Tellheim, bei dessen Charakterisierung leicht ein bischen „Theater" unterläuft, und die Minna, setzten Josef Krahn (und als Gast) Otti Kesper ihr Besteß ein. Denn bis zur Wunderlichkeit und Selbstqualerei konsequenten Major lieh der Darsteller, der der erwähnten Klippe fast immer entging, den vorzüglichen Ausdruck des liebenswürdigen, hinter dem der Darsteller des Charakters glücklich zurücktritt. Otti Kesper zeigte als die vornehme Dame, die Minna bei aller Verliebtheit bleibt, daß sie das Erbe eines der bewährtesten Theaternamen wohl zu hüten weiß. — Das hübsch abgerundete Lustspielwerk hat das Verdienst von Dr. Groß.

H.

Bei dem Sinfoniekonzert im Volkspark am Dienstag kommen Werke von Beethoven, Schubert und Richard Wagner zum Vortrag. Solist: Konzertmeister Versteeg.

* **Georg Kerschensteiner**, der bekannte Münchener Schulmann, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Pädagogik an der Leipziger Universität erhalten.

* **Dr. Wilhelm Schäne**, der frühere Generaldirektor der preußischen Staatsmuseen, seit 1905 im Ruhestande, ist am 5. Februar 80 Jahre alt geworden. Er war von 1869—1873 außerordentlicher Professor der Archäologie in Halle.

* **Eine Fahrt auf der Hedschasbahn** Näheres über die türkische Hedschas-Pilgerbahn, die von Damaskus nach Mekka führt und auf Veranlassung des verstorbenen Sultans Abdul Hamid teils aus Staatsgeldern, teils aus freiwilligen Beiträgen der Pilger gebaut wurde, ist in einem Vortrag der „Royal Asiatic Society" mitgeteilt worden, über den der „Neue Orient" berichtet. Die ganze Strecke südlich der Sinai-Halbinsel liegt fast nirgends durch Städte oder bewohnte Plätze, und eine Fahrt auf der Bahn hinterläßt daher einen eigenartigen Eindruck. Die Reisenden werden ergriffen von der völligen Stille der weiten Gebiete, durch die der Zug eilt. Nur Gräber auf dem Marsch verstorbener „Hadschi" sind ab und zu zu sehen; an den Stationen sind kaum Anzeichen von Straßen oder Wasserlöchern zu erkennen, und die einzigen Bewohner des Landes scheinen wandernde Beduinen zu sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:3:1-847529-19200206018/fragment/page=0002

Handel und Verkehr.

Die Sparprämienanleihe.

Der Reichsfinanzverwaltung bereitet der trotz eines Kostenaufwands von 8½ Mill. M. erzielte Mißerfolg der Sparprämienanleihe, wie es scheint, große Sorge. Wie schon mitgeteilt, sind auf die ausgelegten 5 Milliarden Mark nur 3818 Mill. M. gezeichnet worden. Eine Milliarde wurde annulliert und es blieben 182 Mill. M. der Sparprämienanleihe übrig, für die sich bei der Zeichnung keine Liebhaber gefunden hatten. Nunmehr handelt es sich um die nachträgliche Unterbringung dieses nicht unbedeutenden Restbetrages. Nach einer halbamtlichen Mitteilung in den „Berl. Pol. Nachr." will man an eine kleinere Stückelung der Titel, deren Nennbetrag im Zeichnungsprospekt mit 1000 M. festgesetzt war, gehen. Da die Zeichnungsnummern nicht vermehrt werden dürfen, kann es sich nur neben ganzen um halbe oder vielleicht um noch kleinere Teilstücke handeln, mit denen man die Anleihe den kleinen Leuten mundgerechter macht. Dadurch gewinnt die „Sparanleihe" noch mehr als bisher den Charakter einer „Spielanleihe", eines Loses. Wenn in der erwähnten halbamtlichen Mitteilung ferner erklärt wird, daß der Tag der ersten Verlosung noch nicht festgestellt sei, daß aber an dem ursprünglichen Plane, die erste Verlosung im Laufe des Monats März vornehmen zu lassen, werde festgehalten werden können — so ist, wie die „Tägl. Rundsch." schreibt, daran zu erinnern, daß der Zeichnungsprospekt vom 9. November 1919 ausdrücklich besagt, daß die erste Gewinnverlosung im März 1920 und die Auszahlung dieser Gewinne am 1. April 1920 stattfinden werde. An diesen Terminen ist gar nicht zu rütteln, denn sonst würden die Zeichner der Anleihe berechtigt sein, von ihren Zeichnungen zurückzutreten und die gezahlten Beträge zurückzufordern. Ebenso haben die Zeichner das Recht, auf Grund des Prospekts die Ausgabe der Stücke im Februar 1920 zu verlangen. Nur Schuldbuchgläubiger erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe.

Eine Hilfsaktion für Auslandskredite.

Ueber die Organisation, die der Zentralverband des deutschen Großhandels zur Beseitigung der Valutanot der Firmen in Angriff genommen hat, die während des Krieges sich Kredite im Ausland verschafft hatten, erfahren wir folgendes: Der Zentralverband will in dieser Angelegenheit unter Rüstungnahme mit den beteiligten Regierungsstellen zur Selbsthilfe greifen. Es handelt sich dabei um Großhandelsfirmen, die während des Krieges auf Veranlassung amtlicher Stellen sich im neutralen Ausland Kredite haben einräumen lassen. Diese Kreditverträge lauteten auf Abdeckung der Schuld spätestens zwölf Monate nach Friedensschluß. Angesichts der Entwertung der Mark würde eine Abdeckung dieser Kredite zu den gewaltig gestiegenen Kursen der Auslandsdevisen für die betr. Firmen Millionenverluste bedeuten, Verluste, die das Wirtschaftsleben des Betriebs- oder Aktienkapitals der davon betroffenen Firmen ausmachen würden. Dabei ist daran zu erinnern, daß die Regierung während des Krieges ein großes Interesse daran hatte, den Handelsverkehr mit dem neutralen Ausland aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde fordere sie gerade deutsche Großhandelsfirmen auf, Valutakredite im neutralen Ausland für die Einfuhr wichtiger Waren aufzunehmen. Eine Abdeckung dieser Valutakredite zu den jetzigen Kursen würde den Zusammenbruch einer bedeutenden Anzahl Großhandelsfirmen nach sich ziehen, der seinerseits wieder den Ruin vieler neutraler Firmen im Gefolge haben dürfte. Das würde naturgemäß eine unsäglichen Rückwirkung auf die Handelsbeziehungen Deutschlands zum neutralen Ausland bedeuten. Mit diesem Grunde ist der Zentralverband des deutschen Großhandels in Verhandlungen mit der Regierung getreten, um sie für eine Hilfsaktion zu gewinnen. Wenn auch ohne weiteres zugegeben ist, daß die Regierung vom juristischen Standpunkt keine Verpflichtungen hat, so nimmt man in den beteiligten Kreisen doch an, daß sie den betr. Firmen eine Unterstützung schon im Staatsinteresse gewähren wird.

Berliner Produktenbericht.

* **Berlin**, 5. Februar. Am Produktenmarkt wurden für Hafer bei fester Tendenz wieder höhere Preise bezahlt infolge von Käufen für Schlesien, Mittel- und Westdeutschland. Auch die Kommunen kaufen. Für gute Viktoriaerbsen wurden die erneut gestiegenen Forderungen schlank bewilligt. Die Kommunen sind anbauende Käufer für Erbsen und Wicken. Kartoffeln ohne und Lupinen blieben anbauernd begehrt. Serradella schwächte sich bei zunehmendem Angebot ab. Heu und Stroh behaupten ihre Festigkeit. Für Rüben und Möhren zeigte sich mehr Nachfrage, einwandfreie Ware machte sich aber ziemlich knapp.

* **Inländischer Hafer** für 1000 Kilogramm in Mark: sofortige Abladung 3880—3860 Mk.; Tendenz fest fest.

* **Devisennotierungen** vom 5. Februar. Amsterdam-Rotterdam 3746 G., 3754 B.; Brüssel-Antwerpen 689,30 G., 690,70 B.; Christiania 1698,25 G., 1701,75 B.; Kopenhagen 1448,50 G., 1451,50 B.; Stockholm 1808 G., 1812 B.; Helsingfors 399,60 G., 400,40 B.; Italien 519,50 G., 520,50 B.; London 326,70 G., 327,30 B.; Newyork 100,90 G., 101,10 B.; Paris 679,30 G., 680,70 B.; Schweiz 1668,25 G., 1671,75 B.; Spanien 1718,25 G., 1721,75 B.; Wien (alles) 36,46 G., 36,54 B.; Wien (Deutsch-Oester. abgest.) 26,97 G., 27,03 B.; Prag 87,90 G., 88,10 B.; Budapest 31,71 G., 31,79 B.; Bulgarien —; Konstantinopel —.

* **Eine internationale Valutakonferenz?** Londoner Meldungen zufolge haben dort Besprechungen zwischen dem Schatzkanzler und Vertretern der Finanz, des Handels und der politischen Parteien über die internationalen Wechselkurse begonnen. Die Beratungen tragen privaten Charakter. Der „Times" zufolge herrscht in der City allgemein die Auffassung, daß das Ergebnis dieser Beratungen die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung dieser Frage sein wird.

* **Die Schweizer Börsen und die abgelehnte Auslieferung.** In schweizerischen Bank- und Börsenkreisen herrscht eine neue Verstimmung, und starker Zweifel macht sich geltend. Maßgebende Finanzleute erachten den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands als sehr nahe bevorstehend. Sie beziehen auch die wirtschaftliche Lage in Frankreich und Italien als bedrohlich schlimm. Die aktuell gewordene Auslieferungskrisis führe an den Börsen zu neuen Kursstürzen. Die Besicherung des in die Schweiz gebrachten ausländischen Kapitals hat unter den Großkapitalisten Besitzung hervorgerufen. Das Angebot von Mark- und Franktenoten hat sich in einer unheimlichen Weise gesteigert. Im freien Handelsverkehr sinkt die Mark in Zürich und in Genf auf 4½ bis 5 Centimes.

* **Kalkwerke Niederlesben.** Zu dem Vorschlage auf Ausgabe von Vorzugsaktien mit achtfachem Stimmrecht schreibt, ähnlich dem „Berl. Tagebl." zufolge, die Verwaltung durch die Ueberfremdungsgefahr veranlaßt worden zu sein. Aktiensehen habe um so mehr Anlaß, sich gegen eine solche Gefahr zu schützen, als die Amerikaner sich bereits im Besitze der Hälfte des Aktienkapitals der zu Aktiengesellschaften umgewandelten Gesellschaft befinden. Auch die rapide Kurssteigerung der Aktienkleber Aktien mahnte zur Vorsicht. Da nicht unerhebliche Aktienbeträge sich in unkontrollierbaren Händen befinden, ist es bei dem heutigen Valutastand wahrscheinlich, daß sie zum großen Teil in ausländischen Händen sind.

* **Leipziger Allgemeine Kraftomnibus-Akt.-Ges.** Die gestrige Generalversammlung stimmte dem Antrage der Verwaltung auf rechtsverbindliche Uebernahme der Konzession und sonstiger Gerechtsame auf die Stadt Leipzig zu, wie bereits in der außerordentlichen Generalversammlung der Großen Leipziger Straßenbahn seitens dieser zugesagt worden ist. Die Stadt Leipzig ist unter den bestehenden Verhältnissen nicht zu denken. Ferner wurde auf Antrag der Verwaltung beschlossen, die Liquidation der Gesellschaft aufzuheben und eine Beschlußfassung darüber einer außerordentlichen Generalversammlung vorzubehalten.

Sportzeitung der „Hallischen Nachrichten".

Vereinsmitteilungen.

Schiedsvereinigung Olympia: Sonnabend 7 Uhr Versammlung (Gewerkschaftshaus).

Fraternia-Hälle: Sonnabend Mitgliederversammlung.

Sportklub Adler: Sonnabend nach der Hühnerstunde Versammlung.

Turnverein Cröllwitz: Sonnabend 8 Uhr außerordentliche Versammlung.

Turnverein Giebichenstein: Sonnabend 8 Uhr Versammlung. Dienstag 6½ Uhr Jugend-Versammlung.

Sportsteuer in Halle!

Es scheint so, als ob die Stadt Halle den eigenen Ruhm haben wird, sportliche Veranstaltungen mit einer Lustbarkeitssteuer zu belegen. Die Magistratsvorlage zur Erhöhung der Lustbarkeitssteuern will Lustbarkeiten, soweit die Kartensteuer in Frage kommt, mit 20—60 Prozent des Eintrittsgeldes besteuern. Zu den „Lustbarkeiten" werden Wettrennen, Wettfahren, Wettrudern und andere sportliche Veranstaltungen, zu denen auch größere Fußballspiele gehören, gerechnet. Dieser Entwurf „zur Besteuerung der Volksgesundheit" soll der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Es mag zur Ehre einer großen Anzahl deutscher Städte gesagt sein, daß sie von der Erhebung einer Sportsteuer mit Rücksicht auf den Wert der körperlichen Erziehung Abstand nahmen. Ein erfreuliches Ergebnis haben jetzt erst die Eingaben gehabt, die Groß-Berliner Sportverbände mit dem Deutschen Reichsausschuß an der Spitze gegen die Besteuerung sportlicher Veranstaltungen eingereicht haben. Ein Ausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung genehmigte, daß Veranstaltungen der Turn- und Sportverbände, sofern sie der Förderung der Körpererziehung dienen und nicht zum Zwecke des persönlichen Gelderwerbs, den Beteiligten veranstaltet werden, von einer Steuer befreit sind.

Wir verschließen uns nicht der Einsicht, daß unser Gemeinwesen Geld und nochmals Geld braucht und in der Lustbarkeitssteuer eine der wenigen ihm verbleibenden Einnahmequellen hat. Aber man sollte doch unbedingt einen scharfen Trennungsstrich ziehen zwischen Schaustellungen, deren Einnahmen dem persönlichen Gelderwerb oder der Vergnügungssucht dienen, und solchen Veranstaltungen, bei denen die einkommenden Gelder für uneigennützige Zwecke der Volkswohlfahrt bestimmt sind. Sicherlich gibt es Sportveranstaltungen, bei denen der Begriff der Lustbarkeit mehr in den Vordergrund tritt, als der rein sportliche Charakter. Von diesen ist hier nicht die Rede. Wenn aber Sportvereine Eintrittsgelder erheben, um, ohne den geringsten persönlichen Nutzen, Mittel zur Förderung der Leibesübungen, zur Anlage und Unterhaltung von Sportplätzen und zur Anschaffung von Sportgeräten zur Verfügung zu haben, so ist die Schmälerung dieser gemeinnützigen Gelder durch eine Steuer sörmlich widersinnig. Denn die Vereine nehmen den Gemeinden ja eigentlich eine ihrer selbstverständlichen Aufgaben ab, dadurch, daß sie unter Opfern an Zeit, Geld und Arbeit für die Volksgesundheit arbeiten. Was die Sportvereine an Einnahmen erzielen, wird in erster Linie der Volksgesundheit und Jugendertüchtigung zugeführt. Das Verdienst reiner, idealer Sportbewegung kann nicht hoch genug angeschlagen werden gerade in einer Zeit, wo unser Volk und unsere Jugend krank ist an Leib und Seele und unermüdlicher Pflege bedarf. Gerade heute muß die sportliche Arbeit mit allen Kräften unterstützt werden und deshalb vor allem auch steuerfrei sein. Zu welchen Folgen

Sportvereinen für die sportliche Entwicklung einer Stadt führen kann, zeigt das Beispiel in Marienborf, wo wegen der Lustbarkeitssteuer keine größeren Sportveranstaltungen abgehalten wurden. Sie wurden an andere Plätze verlegt, die dem Sport günstiger gesinnt waren. Welche Einbuße die sportliche Entwicklung einer Stadt durch Ausfall erstklassiger Sportdarbietungen erhält, ist leicht einzusehen. Um so größer ist der Nachteil, den die Entwicklung der Volkskraft in einer Stadt hat, der auch durch den Vorteil einer Steuereinnahme nicht im entferntesten aufgehoben wird.

Es ist anzunehmen, daß unsere Stadtverordneten aus allen diesen Gründen rein sportliche Veranstaltungen nicht durch die Steuerschraube einengen. Notwendig ist vor allem, daß bei der geplanten Lustbarkeitssteuer ein genügend weiter Spielraum gelassen wird, in dem die Sportentwicklung unserer Stadt ohne Steuereinschränkungen sich ungehemmt entfalten kann.

Pflicht der berufenen Vertreter unserer heimischen Sportsverbände ist es aber, ihren größtmöglichen Einfluß auf die Gestaltung der kommenden Lustbarkeitssteuer geltend zu machen. Wir haben doch wohl in Halle einen Ausschuß für Leibesübungen? Und für Jugendpflege? Und Vorsitzende der verschiedenen sportreibenden Vereine? Wollen sie stillschweigend diese neue Steuer über sich ergehen lassen, weil es heutzutage schließlich auf eine Steuer mehr oder weniger nicht ankommt?

Heute heißt es, einmütig gegen solche Steuerabsichten zu protestieren, welche die harte Arbeit der Durchsetzung der Leibesübungen noch mehr erschweren. Sportler, Turner! Kämpft gegen eine kommende Sportsteuer in unserer Stadt! Noch ist es Zeit! Wir wollen mit aller Kraft verhüten, daß es dazu kommt, weil wir unser Volk und unsere Jugend über alles lieben. —pt.—

* **Sportverein 98 — Favorit.** Bereits zweimal fiel dieses Kreisligaspiel den sehlechten Witterungs- oder Bodenverhältnissen zum Opfer; ein Gesellschaftsspiel konnte der Sportverein mit 5:0 für sich entscheiden. Am kommenden Sonntag spielen beide Mannschaften auf dem Komet-Sportplatz also zum dritten Male. Die Favorit-Elf konnte in letzter Zeit eine merkliche Formverbesserung aufweisen. Der Sportverein wird daher alles aufbieten müssen, um sich durch einen Sieg weiterhin Meisterschaftsaussichten zu sichern.

* **Borussia — B. f. L.-Merseburg.** B. f. L.-Merseburg konnte die Borussen auf seinem Platz in Merseburg mit 4:1 schlagen. Um so weiter werden diesmal die Borussen alles daran setzen, kein Spiel mehr zu verlieren, zumal sie den Vorteil eines eigenen Platzes für sich haben. Beide Mannschaften verfügen über einen sehr schnellen Sturm, welcher nur durch sehr gute Hinternmannschaften gehalten werden kann. Aller Wahrscheinlichkeit spielt Borussia diesmal wieder mit seiner alten bestbekannten Mannschaft. Auch B. f. L. wird in alter Aufstellung spielen.

Kirchliche Nachrichten.

Bibelstunden hält der Prediger ev. F. Nagel aus Hamburg heute, Freitag, abends 8 Uhr und Sonntag vorm. 10 Uhr in der Gemeinschaftsschule, Wilhelm-Straße 8, anschließend am Sonntag abend 8 Uhr ebendaselbst eine Evangelisationsversammlung. Jedermann willkommen.

Oeffentliche Wetter-Ansage für den 7. Febr.

Keine Witterungsänderung.

Zuckooh Crême

Ein gute, hautverjüngende Zuckooh-Crême, neben Zuckooh-Elite-Crême das weiteste Beste für intime Hautpflege!

Die vorliegende Nr. der Hallischen Nachrichten (General-Anz.) umfaßt 10 Seiten.

Volks-Lichtspiele!
Geiststrasse 5 --- Geiststrasse 5

Vom 6. bis 9. Februar:

Brüder!

Schauspiel in 5 Akten.

Beginn 4 Uhr. Beginn 4 Uhr.

Für Kinder besonderes Programm!

Anfang 3 Uhr.

b6921

Wintergarten.
Freitag, den 6. Februar 1920 b968
Grosser Maskenball
Landesjägerkapelle. — Kein Kostümzwang. — G.-V. „Jugendlust."

Kleinkugel.
Sonntag, den 8. Februar,
Maskenball.
Anfang 6 Uhr. Es laden freundlichst ein
Curt Barth.
7348

Einen grossen Posten deutsche Zigaretten Beste Qualitäten Stück von 12 Pfg. an
mit Preisaufdruck
offeriert
Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Gasglühkörper
von unserm gleichmäßig guter Leuchtkraft, Haltbarkeit, Stück 1.65 Mk.
12 Stück 18.00 Mk.
Bauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2
1 Treppe rechts.
Gr. Steinstr. 10/97

Karbid
in Trommeln hat abzug.
R. Gutzeit, Leipzigerstr. 90
Fernr. 74. — Telegr. 3753.

Verband der Buchbinder!
Volkspark
Sonnabend, den 7. Februar 1920
Erstes grosses Masken-Fest!
3 Kapellen. Neuartiger Tanz-Attraktion: „Frau Schmidt-Valentin." — Kinder ist der Zutritt polizeilich verboten. b6969 Der Vorstand.

Volkspark, Burgstr. 27
Heute Freitag, den 6. Februar, in dem festlich dekorierten Saale
Groß. Kappenball
In den unteren Räumen
Bayrisches Seppel-Fest!
Die Geschäftsleitung.
b6927
Morgen Sonnabend gr. Maskenball

Magdeburgerstraße 66
Wintergarten
Sonntag den 8. Februar 1920
ab 4 Uhr nachmitt.
BALL
im grossen Spiegelsaal.
4782

G. V. Freiheit.
Zu dem am Sonnabend, d. 7. Februar 1920, in Dremitz „Deutscher Kaiser" stattfindenden
Kränzchen
Anfang 6 Uhr
ladet ein Der Vorstand.

Zigarren Zigaretten
große Posten am Sonnabend eintreffend.
Reinhold Plasse,
Halle a. S., Neubauhof. 1.
Großhandel. 7310

Bio — Bio Gr. Ulrichstr. 57 b1052
Von heute ab läuft der große Sensationsfilm:
„Das Grubengeheimnis!"
Ein Bergmanns-Drama in 5 Akten.
Und zwar:
1. Teil vom 6. bis 10. Februar.
2. Teil vom 11. bis 13. Februar.
Da mit Bestimmtheit zu den Abend-Vorstellungen ein großer Andrang zu erwarten ist, bittet die Direktion möglichst die Nachmittags-Vorstellung zu besuchen.

Alt-Heidelberg!
Geiststraße Nr. 5 :::: Geiststraße Nr. 5
Sonnabend, den 7. Februar
:: Gesellschafts-Abend ::
mit Tanz! b1040
Sonntag: Künstler-Konzert!

Zum letzten Dreier
Zu dem am Sonntag, den 8. Februar, stattfindenden
Preis-Lumpen-Ball
des Geselligkeits-Vereins „Halle-Süd"
ladet freundlichst ein Der Vorstand.
Anfang 8 Uhr.

Zur Nachtigall, Reideburg
Zu unserm am Sonnabend, den 7. Februar, stattfindenden
Kappen-Kränzchen
ladet ergebenst ein
H. F. C. Minervia. Der Vergnügungsausschuss
Anfang 6 Uhr — Ende 2.

Schleitau a. S.
Sonntag, den 8. Februar
Preis-Masken-Ball!
Anfang 8½ Uhr, für Masken 6 Uhr. Brömme.

Bitte
beachten Sie vor Ihren Einkäufen die Auslagen im Schaufenster des
Partiewaren-Lagers Gr. Ulrichstrasse 25
(Ecke Jägergasse.) b1003

Kaffee, Kakao, Schokolade, Kerzen, Wasch-Seifen, Wasch-Artikel, Gewürze
kauft man preiswert und gut bei
Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21. 7337

Zigaretten, dieses volle Format, mit Gold-Mundstück, rein orient. Tabak, das Mille 750.— Mk., auch immer noch eine Posten billiger
Max Gross, gegenüber Waldhalle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200206018/fragment/page=0003

Apollo-Theater.

Ab heute: Oskar Strauss, des mod. Walzerkönigs bestes Werk

Eine Ballnacht.

Operette in 3 Akten von Oskar Strauss.
Ein glänzender Erfolg!
In den Hauptrollen:
Fanny Köbe und Fritz Schulz.
Die prächtige Darstellung dieser Künstler
muss man gesehen haben!
Sonntag nachmittag 2½ Uhr bei kleinen Preisen
Erwachsene 2—4 M., Kinder 0,50—2 Mk.
Die Prinzessin von Marzipan
Märchen in 5 Bildern von Krüger.
Vorverkauf 3—1 und 5—8 Uhr. Sonntags stündlich e1
Sonnabend, 7. Februar, 7½ Uhr, „Mozartball"

Sonaten-Abend von
Curt Hering (Violine) e117
Franz Schütze (Klavier)
Händel, Sonate D-dur, Beethoven, Sonate F-dur op. 24, Brahms, G-dur op. 78
Blüthnerflügel, Vertr. B. Döll.
Karten 4,10, 3,10, 2,10, 1,55 bei Reier, Rathaus.

Walhalla-Operetten-Theater

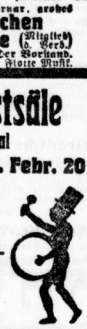
Freitag, Sonnabend, Sonntag, ½8 Uhr:
Die keusche Susanne
Sonntag ½4 auf Wunsch nochmals
Der Schuster und die Zauberstiefel
Pl. Pr.: Grp. 1.— bis 4.— Kinder 0,50—2.—
Kasse 10—1½ u. 4—5½. Sonnt. ständig.

Thalia-Säle (Kleiner Saal).

Sonnabend, den 7. Februar, grosses
Tanzkränzchen v002
des U. Z. Salome (Mitglied d. Verb.)
wozu freundl. einladet Der Vorstand.
Anfang 6 Uhr Flotte Musik.

Thalia-Festsäle

grosser Saal
Sonnabend d. 7. Febr. 20
Großer Masken-ball!



— — Musik von zwei Kapellen. — —
Prämiierung der beiden besten Damenmasken sowie der besten Herrenmaske.
Demaskierung ½9 Uhr.
Anfang 4 Uhr nachm.
Hank'sche Liedertafel.

KUNST-VEREIN

Ausstellung
in der Handwerkerschule, Gutjahrstr. 1
Prof. Walther Klemm
Weimar
Tägl. geöffn. v. 11—1 vorm., 3—6 nachm.

(1092)

„Hohenzollern-Diele"

Magdeburgerstr. 65
Heute Freitag Tanzabend
Anfang 6 Uhr. z419

„Vergissmeinnicht", großer Saal.
Sonnabend, den 7. Februar 1920
Großer Ball mit Preisverteilung
Freunde, Gönner und Gäste sowie B.-B. herzlich willkommen.
G. V. Venus, Vergnügungs-Ausschuss.
Anfang 6 Uhr — Flotte Musik.

Achtung! Achtung!
Wo gehen wir Sonnabend den 7. Febr. 1920 hin?
Nach den Trotha'er Ballsälen, Trotha'erstr. 2.
Da hat der G. B. Blau-Weiß
Tanz-Kränzchen.
Einlaß und Tanzen frei. Es ladet ein D. B.

Gasthof z. Mohr, Burgstr. 72

Sonnabend, den 7. Februar
Kappenfest mit grosser Konfettischlacht und Kaninchen-Verlosung
Vereine, Freunde u. Gönner ladet ein Der Vorstand
G. V. Vergissmeinnicht.
Volles Orchester. Eisenbahntanz. Anfang 6 Uhr.

Hardenberg-Kasino

Hardenbergstraße 1.
Sonnabend den 7. Februar 1920
Grosser Preis-Maskenball.
Anfang 6 Uhr. Demaskierung 8 Uhr.
Freundlichst ladet ein Oscar Greuert.

Glasscherben

halbweiss und weiss (auch farbige Schnittscherben)
kauft ma186
laufend in grossen u. kleinen Posten
Glasfabrik Wilhelmshütte
Seegers & Mellin, Hildesheim (Prov. Hann.)

Licht-Spiele

Große Ulrichstraße 51 Große Ulrichstraße 51

Erstaufführung!

Das große Sensations-Drama

I. Teil **6 Akte!** — **I. Teil** **6 Akte!**

Dämon der Welt!

Das Schicksal des Edgar Morton.

Vorführung: 4.45 6.50 8.55 Uhr. Wochentags Einlaß 3½ Uhr, Anfang 4 Uhr.
Sonntags Einlaß 2½ Uhr, Anfang 3 Uhr. e07

Licht-Spiele

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224 Fernruf 1224

Täglich der grosse Erfolg!

Henny Porten
in
Monica Vogelsang
Drama in fünf Akten und einem Nachspiel.
Vorführung: 4.10 6.20 8.30 Uhr.
Freikarten haben nur bis 6 Uhr Gültigkeit !!

Licht-Spiele

Alte Promenade 11a
Fernruf 5738 Fernruf 5738

Ab heute:

Der Präsident
Ein Bild tragischer Schuld in sechs Akten nach dem Roman von Franzos.
Vorführung: 4.45, 6.50, 9.00 Uhr.

Viktor Janson
im Lustspiel
Das rote Trikot.

Taubstummen-Turn- u. Sportverein

Sonnabend, 7. Februar, abds. 5 Uhr im „Goldnen Stern" gr. Kappenkränzchen in Form eines
Jahrmarkts zu Rummelsburg
Gr. Ueberraschungen. Konfettischlacht
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand

Gasthof Wörmlitz.

Sonntag 3 Uhr Preis-Maskenball
Masken-Einlaß 5 Uhr. Demaskierung 7 Uhr, 6 Preise. Ueberraschungen. E. Martini.
Sprechstunden im Saal und Billardzimmer 4.

Tipografec (ges. gesch.) ist ein bewährtes Blutreinigungs-Mittel. e266
Zeugnis: Durch schlechtes Blut bekam ich Nervenlähmung und zweimal einen Schlaganfall, wodurch meine ganze linke Seite gelähmt wurde. Bereits nach Verbrauch von 3 Dosen Tipografec verlor sich dieser Zustand ganz erheblich, sodaß ich mein Bein und meinen Arm wieder bewegen und ziemlich gut gehen kann. Beobachtet habe ich auch, daß meinen Körper eine allgemeine Wärme durchdringt, was früher nicht der Fall war. Christ muß ich sagen, daß ich mit dem Erfolg sehr zufrieden bin und Ihr Tipografec aufs wärmste empfehlen kann. (o266)
Berlin, 27. Januar 1916. J. Taucher.
Dieser Tee ist erfolgreich bei Nerven-, Rheumatismus-, Augenübel, Skrofulosität, Arterienverkalkung, Kurzatmigkeit, Epilepsie, Tuberkulose, Lähmungen und Schlaganfällen.
Ein Paket Mark 4.— Porto extra, bei 6 Paketen und darüber portofrei. Nur echt zu beziehen gegen Nachnahme von: Thüringer Teefabrik Hermann A. Müller Gommlershausen, Thür. Kreis Schleusingen.

Stadt-Theater

Sonnabend d. 7. Februar. Anfang 7. Ende 9½ Uhr.
Der Zigeunerbaron.
Sonntag nachmittag: Brunhild. (e266)
Sonntag abend: Figaros Hochzeit.

Volkspark.

Dienstag d. 10. Februar abends 7½ Uhr
Volkssinfonie-Konzert
des städt. Theaterorchesters. Eintrittskarten 1 Mk. in den bekannten Verkaufsstellen. (e265)

Achtung.
Geld-Preisskaten
Sonnabend den 7. Februar nachm. 6 Uhr
Restaurant zur Bernhardshalle
Thomasiusstr. 5
wozu frdl. einladet
F. Zimmermann.
Daselbst gerbmäßiges Vereinszimmer noch einige Tage in der Woche frei.

Restaurant
Goldene Spitze
Spitze 11/12.
Sonnabend
Großes Preis-Skaten.
(Anfang 7 Uhr)
wozu ergebenst einladet
Fr. Seiert.

Statspieler
treff. i. nachm. u. ab. im
Hansa-Hotel.

Preis-Skat
Sonnabend d. 7. Febr. Anfang 6½ Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Walter Brunlin,
früher Körel.
— Burgstraße 7. —

Preis-Skat
Sonntag d. 8. Februar nachmittags ½4 Uhr.
Franz Teichmann,
Glauchaerstr. 32.

Sonnabend d. 7. Febr.
Gr. Preis-Skaten.
Anfang 7 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Albert Weber,
Breitestraße 17.

Weissbier-Hallen.
Mein Saal ist an zwei Tagen jeder Woche für eine bessere
Tanzstunde
frei.

Kaitenmark.
Zum Tanzkränzchen
Sonntag d. 8. Februar
ladet freundlichst ein
(e761) M. Ackermann.

Dalena.
Sonntag d. 8. Februar abends 6 Uhr
Ballmusik.
Ergebenst ladet ein
(e760) F. Haarstrick.

Brachstedt.

Sonntag d. 8. Februar im (e708
Hennicke'schen Lokale
Ballmusik.

Frost-Balsam
gegen Frostschäden d. Haut.
Engel-Apotheke.
Kleinschmieden 6, Ecke Große Steinstraße. Postversand.

Gasthaus Modler, Büschdorf

Sonnabend, den 7. Februar, findet der
Gr. öffentl. Maskenball
in sämtlichen dekorierten Räumen des Lokals statt. — Für Humor und Stimmung ist bekanntlich gesorgt. Musik wie bekannt. Einlaß 5 Uhr. (b946
Dazu ladet freundlichst ein R. Modler.

Achtung! Achtung!
Damen-Gesangs-Zirkel.
Unser Stiftungsfest findet am b1044
Freitag, 20. Februar,
in der Kaiser Wilhelmshalle statt.

Zigarren

erstkl. prima Qualitätsware
in der Preislage von 85 Pfg. bis 1.20 Mk.
Fritz Grimm, Tabakfabrikate,
Halle a. S., V. Vereinsstr. 12. Fernr. 2722.

Bekanntmachung.

Die nahmentlichen Rollfuhrunternehmer der Halle-Hettstedter Eisenbahn in Halle und Gerbstedt erheben mit sofortiger Gültigkeit eine besondere Provision für mit Nachnahmen über 10 Mk. belastete Sendungen. Ueber die Höhe geben die Abfertigungsstellen Auskunft.
Halle, den 5. Februar 1920. (b1045
Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Leuchtturm.

Morgen Sonnabend Ball der L.-G.
Anfang 6 Uhr.
Sonnabend den 14. d. Mts. (b0840
Grosser Maskenball.

Angestellte!

Am Sonntag den 8. Februar 1920, vorm. 11 Uhr
im Astoria-Lichtspielhaus, Alte Promenade,
Oeffentlicher Vortrag mit Lichtbildern:
Die Gartenstadt des Angestellten.
Redner: Direktor Frank-Berlin. (b291
Die Wohnungsfrage ist auch für die Angestellten zur Lebensfrage geworden, die jeden Angestellten angeht.
Lest die Plakatsäulen und erscheint in Massen.
Ortsvereinigung Halle u. S. für Angestellten-Heimstätten.

Kaufe Silbergeld

für gewerbliche Zwecke und
zahle bis 9 Mark.
Zahntechnisches Laboratorium,
Eugen Barschlll, Grasewegs 3a.
(b1061

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200206018/fragment/page=0004